SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Angekommen in Nordrhein-Westfalen: wie Geflüchtete in groß- und kleinstädtischen Räumen Zugang zu Wohnung, Arbeit und Kontakten finden

Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Adam, F., Föbker, S., Imani, D., Pfaffenbach, C., Weiss, G., & Wiegandt, C.-C. (2019). Angekommen in Nordrhein-Westfalen: wie Geflüchtete in groß- und kleinstädtischen Räumen Zugang zu Wohnung, Arbeit und Kontakten finden. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, *32*(2), 28-33. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64109-0

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Francesca Adam, Stefanie Föbker, Daniela Imani, Carmella Pfaffenbach, Günther Weiss, Claus-C. Wiegandt

Angekommen in Nordrhein-Westfalen – wie Geflüchtete in groß- und kleinstädtischen Räumen Zugang zu Wohnung, Arbeit und Kontakten finden[1]

Francesca Adam (M.Sc.)
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt "Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden" (2016–2018)
francesca.adam@googlemail.com

Dr. Stefanie Föbker
Postdoc am Geographischen Institut der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Integration internationaler Migrant_innen; Fokus auf: Hochqualifizierte, Familienmigrant_innen sowie Geflüchtete
sfoebker@uni-bonn.de

Daniela Imani (M.A.)
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Integration internationaler Migrant_innen; Fokus auf: Hochqualifizierte, Geflüchtete; kommunale Integrationspolitiken
imani@geographie.uni-bonn.de

Prof. Dr. Carmella Pfaffenbach
Professorin für Kulturgeographie an der RWTH Aachen. Forschungsschwerpunkte: sozialgeographische Stadt- und Migrationsforschung; internationale Migration nach Deutschland und in die Golf Staaten
pfaffenbach@geo.rwth-aachen.de

Dr. Günther Weiss
Privatdozent am Institut für Geographiedidaktik an der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: geographische Energieforschung; Internationalisierung städtischer Gesellschaften; Geographiedidaktik
g.weiss@uni-koeln.de

Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt
Professor für Stadt- und Regionalforschung an der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen auf verschiedene räumliche Kontexte; Internationalisierung städtischer Gesellschaften
wiegandt@uni-bonn.de

Schlüsselwörter:
Geflüchtete – Integration– lokaler Kontext – Nordrhein-Westfalen – qualitative Sozialforschung

Der lokale Kontext hat wesentlichen Einfluss auf die Integrationsprozesse von Geflüchteten. In einer wachsenden Großstadt stoßen Geflüchtete auf angespannte Wohnungsmärkte. Hier finden sie oft nur über persönliche Kontakte preisgünstigen Wohnraum. Der großstädtische Arbeitsmarkt hingegen bietet ihnen vielfältige Zugangsmöglichkeiten. In Kleinstädten konnten Geflüchtete oft direkt in Wohnungen untergebracht werden. Mittlerweile ist der Markt aber auch hier zum Teil angespannt. Der Arbeitsmarkt bietet in Kleinstädten zwar weniger Möglichkeiten, der Zugang ist aber durch persönliche Kontakte oft leichter. Die Großstadt bietet vielfältigere Gelegenheiten für neue soziale Kontakte, die sich aber nicht selten als flüchtig erweisen. Im klein- und mittelstädtischen Kontext erlaubt die Überschaubarkeit eine größere Stabilität in den Netzwerken.

Ausgangslage

Seit 2015 vergeht kaum ein Tag, ohne dass in Polit-Talkshows, in sozialen Medien oder politischen Gremien über die Zuwanderung und Integration Geflüchteter debattiert wird. Hierbei rücken in jüngerer Zeit zunehmend Fragen einer langfristigen Integration in den Mittelpunkt. Neben dem Erlernen der Sprache, der Vermittlung von Wohnraum, dem Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geht es auch um Kontakte zur Aufnahmegesellschaft. Darüber hinaus haben Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts enorm an Bedeutung gewonnen. Die Geflüchteten wurden auf Städte und kreisangehörige Kommunen verteilt, die sich nicht nur im Hinblick auf ihre Größe unterscheiden. Großstädtische und kleinstädtische Räume zeichnen sich auch durch unterschiedliche Strukturen in der Bevölkerung (z. B. Existenz von ethnischen Communities) und auf dem Arbeitsmarkt aus. Hinzu kommen die verschiedenen Vorgehensweisen in der kommunalen Integrationspolitik und die unterschiedlichen Verfahren bei der Flüchtlingsaufnahme. Es ist davon auszugehen, dass diese spezifischen lokalen Bedingungen Einfluss auf den Verlauf der jeweiligen Integrationsprozesse haben. Unser Beitrag zielt daher darauf ab, die tatsächlichen Chancen und Barrieren bei der Integration Geflüchteter unter verschiedenen lokalen Bedingungen der Aufnahmegesellschaft aufzuzeigen und somit ein differenzierteres Bild der Bedeutung unterschiedlicher lokaler Kontexte zu ermöglichen.

Methodisches Vorgehen

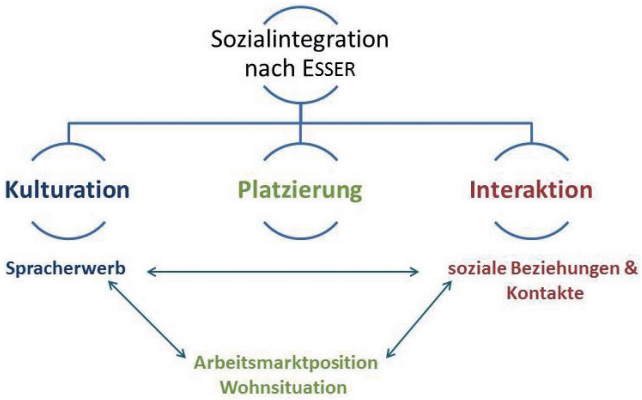
Für unsere Studie zur Integration von Geflüchteten haben wir zwei unterschiedliche lokale Kontexte in Nordrhein-Westfalen gewählt: den Kontext einer Großstadt auf der einen Seite und den eines Landkreises mit Klein- und Mittelstädten auf der anderen Seite. Diese Herangehensweise basiert auf der Erkenntnis, dass Integrationsprozesse von Zuwanderern und Flüchtlingen durch den jeweiligen lokalen Kontext beeinflusst werden (Aumüller u. Bretl 2008; Glick Schiller u. Çağlar 2011). Dabei sind die Größe der Stadt und die Zusammensetzung der Bevölkerung (Präsenz von ethnischen Communities) sowie die Strukturen des städtischen Arbeitsmarktes und der Flüchtlingsaufnahme (Aumüller et al. 2015: 118) wesentliche Einflussgrößen. Beide räumlichen Kontexte werden durch jeweils eine Fallstudie repräsentiert: der großstädtische Kontext durch die Stadt Köln und der klein-/mittelstädtische Kontext durch den Kreis Heinsberg (Abb.1).

Abbildung 1: *Die Untersuchungsräume*

Quelle: eigener Entwurf

Grundsätzlich wird der Verlauf der Integrationsprozesse sowohl von den Geflüchteten selbst als auch von der Ankunftsgesellschaft gestaltet. Daher wurden in dem Projekt die Möglichkeiten und Hindernisse des Einlebens aus der Sicht beider – der Geflüchteten und der Vertreter_innen der Aufnahmegesellschaft – untersucht. In Anlehnung an die Dimensionen der Sozialintegration von Esser (2001; Abb. 2) wurde der analytische Schwerpunkt unter anderem auf die Arbeits- und Wohnsituation sowie auf die sozialen Beziehungen der Geflüchteten gelegt.

Abbildung 2: *Dimensionen der Integration*



Quelle: eigener Entwurf nach Esser (2001)

Zur Erfassung der Perspektive der lokalen Akteure führten wir zwischen Oktober 2016 und Juni 2017 insgesamt 29 Experteninterviews mit Vertreter_innen der Kommunen und des Kreises, der Stadtgesellschaften sowie der Landesebene. Die Interviewpartner_innen wählten wir aufgrund ihrer beruflichen/ehrenamtlichen Tätigkeit und Zuständigkeit im Integrationsprozess von Geflüchteten. Zudem führten wir zwischen März und November 2017 insgesamt 41 Interviews mit Geflüchteten. Bei der Auswahl dieser Gruppe von Interviewpartner_innen verfolgten wir das Ziel, möglichst unterschiedliche Lebenssituationen zu berücksichtigen, die einen Einfluss auf den Integrationsprozess haben könnten (z. B. Alter, Geschlecht, Herkunftsland, Familiensituation, Bildung). Der Kontakt zu den Interviewpartner_innen wurde von Mitarbeiter_innen in kommunalen Verwaltungen, Beratungseinrichtungen und Bürgerinitiativen hergestellt, die beruflich oder ehrenamtlich mit Geflüchteten arbeiten. Ein solcher Zugang sollte helfen, eine vertrauensvolle Interviewatmosphäre herzustellen. Die Vermittlung von Interviewpartner_innen durch vertraute und vertrauensvolle Gatekeeper wurde auch von Kutscher und Kreß (2018) angewandt und als wichtiger forschungsethischer Aspekt bezeichnet. Die Interviews wurden zumeist in den Büros der Einrichtungen geführt. Die durch Leitfäden gestützten Interviews thematisierten die Erfahrung der Geflüchteten bei Ankunft am derzeitigen Wohnort, die Gestaltung des Alltagslebens, die Wohn- und Arbeitssituation sowie persönliche Netzwerke. Schließlich fragten wir auch nach Themen, die für die Interviewten wichtig sind. Daher wurde auch die Sorge über das Aufenthaltsrecht in Deutschland häufig zu einem Gesprächsthema.

Zusätzlich zu den Interviews haben wir im Laufe des Forschungsprozesses drei Workshops organisiert, um unsere Ergebnisse mit lokalen Akteuren und Geflüchteten zu diskutieren – ein Workshop mit befragten Expert_innen (06/2017), einer mit befragten Geflüchteten (11/2017; Abb. 3) und einer mit Mitarbeiter_innen aus verschiedenen Bereichen des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) (02/2018). Dadurch wollten wir unsere Ergebnisse validieren, unser Verständnis erweitern und von neuen Entwicklungen Kenntnis erhalten. Zugleich ermöglichten die Workshops, die Erfahrungen der Geflüchteten an lokale Akteure der Kommunen und des Landes weiterzuleiten und über Lösungsansätze zu diskutieren.

Abbildung 3: *Workshop mit Geflüchteten im November 2017 im Allerweltshaus in Köln*

Quelle: eigene Aufnahme

Ergebnisse: Wohnen

In Köln gibt es bereits seit dem Jahr 2004 Leitlinien zur Unterbringung Geflüchteter – allerdings konnten diese aufgrund der hohen Zuweisungszahlen nicht umgesetzt werden, sondern mussten entsprechend den neuen Bedingungen angepasst werden. Die Vermeidung von Obdachlosigkeit stand nach dem „langen Sommer der Migration" im Vordergrund. Daher wurden in Spitzenzeiten der Zuwanderung Geflüchtete in Sporthallen, Hotels, Containern und Leichtbauhallen untergebracht. Die allgemeine politische Leitvorstellung, nämlich die dezentrale Unterbringung in Wohnungen, wurde jedoch nicht infrage gestellt. So unterstützt seit 2011 das „Auszugsmanagement" der Stadt Köln den Umzug von einem Wohnheim in eine Privatwohnung bei Personen mit einer besonderen Schutzbedürftigkeit. Da Geflüchtete mit Studierenden und Haushalten mit geringem Einkommen um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren, ist es vielen Interviewpartner_innen ein Anliegen, mit ihren Aktivitäten nicht zu einer Neiddebatte um knappe Ressourcen beizutragen.

Im Kreis Heinsberg gab es in jüngerer Zeit vor 2015 keine nennenswerte Zuwanderung von Geflüchteten und entsprechend auch keine Überlegungen zu ihrer Unterbringung. Dadurch waren die Gemeinden im Kreis zum Teil nicht auf ihre Pflichtaufgabe der Unterbringung Geflüchteter vorbereitet. Die Gemeinden entwickelten daher, zum Teil unter hohem Druck, individuelle Lösungen, die überwiegend auf eine dezentrale Unterbringung ausgerichtet waren. Aufgrund von Leerständen kommunaler und privater Wohnungen konnten einige Gemeinden die Geflüchteten von Anfang an in Wohnungen unterbringen. Mittlerweile sind diese Reserven jedoch verbraucht, so dass der Wohnungsmarkt in beiden Fallstudien angespannt ist, was den Übergang in den regulären Wohnungsmarkt erschwert.

So werden Integrationsprozesse verzögert, weil Geflüchtete zum Teil auch noch nach Jahren in Gruppenunterkünften leben. Speziell die Großunterkünfte in räumlichen Randlagen erweisen sich als Hemmnis für die Integration (Aumüller et al. 2015). Diese Lagen erschweren die Erreichbarkeit von Alltagsinfrastruktur, von Sprachkursen und Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung von Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft und zu möglicherweise bestehenden lokalen ethnischen Gemeinschaften (Doomernik u. Glorius 2016).

Insbesondere auf dem sehr angespannten Kölner Wohnungsmarkt spielen soziale Netzwerke bei der Wohnungssuche eine wichtige Rolle. Dazu gehören sowohl Beziehungen zu Freund_innen und Verwandten als auch Kontakte zwischen Flüchtlingen und der lokalen Gesellschaft (z. B. Willkommensinitiativen, Berater_innen in Flüchtlingsinformationszentren und Sprachlehrer_innen), wie das folgende Zitat eines jungen Befragten aus Syrien veranschaulicht:

> *„Also erstmal habe ich gesucht in Immobilienscout24 und so, ohne Ende. Da habe ich nix gefunden. (…) Ich habe es versucht und versucht, ich habe Bekannte angerufen und sie gefragt, ob sie Wohnungen haben oder Leute kennen, die eine Wohnung vermieten wollen, ich habe nichts gefunden. Am Ende gab es einen Freund von mir, der in der Wohnung lebte und nach [Ortsname] ziehen wollte. Er erzählte mir davon und ich sprach mit Frau Elisabeth [Beraterin bei der Wohlfahrtseinrichtung] und sie sagte: ‚Ok, ich werde den Vermieter fragen' und das hat funktioniert." (Interview mit Geflüchtetem aus Köln)*

Verhandlungen mit Vermieter_innen benötigen oft die Unterstützung einer deutschen Vertrauensperson, die im Namen der Geflüchteten spricht, bei Sprachproblemen hilft und Zweifel abbauen kann. Dies veranschaulicht, wie Geflüchtete von sozialen Kontakten mit Einheimischen profitieren können, um ihren Mangel an Wissen und Erfahrungen bei der Wohnungssuche und im Umgang mit Vermieter_innen/Institutionen auszugleichen (Anthias 2007). Mit der Einführung der Wohnsitzauflage[2] werden hilfreiche Kontakte jedoch auf lokale Bindungen beschränkt. So können Geflüchtete beispielsweise nicht von sozialen Beziehungen zu Familie oder Freund_innen profitieren, die in anderen Teilen Deutschlands leben.

Ergebnisse: Arbeitsmarktzugang

Insgesamt bietet der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Köln ein differenzierteres und breiteres Angebot als im Kreis Heinsberg. Hier stehen Geflüchtete zudem vor der Herausforderung, dass das ÖPNV-Angebot häufig nicht ausreicht, Arbeitsangebote in entfernteren Gemeinden tatsächlich zu erreichen.

> *„[…] wo die [Geflüchteten] Arbeit finden könnten, weil es ja doch meistens Hilfsarbeiten sind, herrscht Schichtbetrieb. Können die aber alle nicht, weil um acht Uhr hier die Bürgersteige hochgeklappt werden." (Interview mit Vertreterin einer Bürgerinitiative im Kreis Heinsberg)*

In beiden Untersuchungsräumen erfolgt der Zugang zum Arbeitsmarkt über Praktika, Mini-Jobs oder Ausbildungen. Die Informationen über diese Angebote werden meistens über soziale Kontakte vermittelt, sei es in Form persönlicher Kontakte – diese haben sich insbesondere im Kreis Heinsberg als hilfreich erwiesen – oder in Form von institutionalisierten Coachings (Beratung durch Behörden, Verbände, Vereine) und einer sehr persönlichen Betreuung (Gericke et al. 2018).

Insbesondere in unseren Experteninterviews wurde betont, dass ein Ausbildungsplatz für junge und lernorientierte Geflüchtete die größten Potenziale bietet. Um diese Zielgruppe bei ihrem Einstieg in eine Ausbildung zu unterstützen, wurden in den letzten Jahren zahlreiche Programme und Maßnahmen entwickelt. Diejenigen Geflüchteten, die bis zum Zeitpunkt des Interviews bereits eine Ausbildung finden konnten, waren sehr zufrieden damit. Auch an einem Studium in Deutschland bestand großes Interesse auf Seiten der Geflüchteten. Allerdings ist der Zugang, aufgrund der höheren Sprachanforderungen, deutlich schwieriger. Komplizierter stellt sich der Weg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Ältere und solche Geflüchtete dar, die bereits über berufliche Qualifikationen verfügen. Um im Ausland erworbene Qualifikationen in Deutschland anzuerkennen, wurden in den letzten Jahren Verfahren entwickelt, die jedoch häufig langwierig sind und keineswegs immer zur erfolgreichen Anerkennung führen. Auch erweist sich eine Anerkennung von Qualifikationen nicht per se als Schlüssel zum deutschen Arbeitsmarkt. Denn trotz Anerkennung nehmen Geflüchtete ein Misstrauen der Arbeitgeber gegenüber ihren Qualifikationen aus dem Ausland wahr. In vielen reglementierten Berufen wird neben dem Nachweis fachlicher Qualifikationen auch ein hohes Sprachniveau gefordert, so dass der Berufseinstieg sich um lange Zeit verzögern kann. So berichtet ein syrischer Arzt, der im Kreis Heinsberg lebt:

> *„Ich brauche die Approbation. Approbation kann ich nicht bekommen ohne C1 für Medizin. […] Ich habe auch noch kein Praktikum, […] das Krankenhaus in Heinsberg fordert C1[3]." (Interview mit Geflüchtetem aus dem Kreis Heinsberg)*

Er beschreibt dann die Schwierigkeiten, in Heinsberg zeitnah an einem weiterführenden Sprachkurs teilzunehmen und seine Sorge, dass sich in der Wartezeit sowohl seine Sprachkenntnisse wieder verschlechtern als auch seine beruflichen Qualifikationen an Wert verlieren.

Gerade für hochqualifizierte und beruflich hochspezialisierte Geflüchtete erweist sich der Einstieg in den Arbeitsmarkt als sehr schwierig. So berichtet eine Interviewpartnerin, die vor ihrer Flucht im Bereich Petrochemie gearbeitet hat, dass es lokal weder Kenntnisse über ihr Berufsfeld gibt noch die Möglichkeit eines wohnortnahen Praktikums besteht. Die Wohnsitzauflage beschränkt die Optionen für Praktika auf das Umfeld des Wohnortes und wirkt sich somit insbesondere im ländlichen Raum als Hemmnis bei der Arbeitsmarktintegration aus. Es zeigen sich also vielfältige Hindernisse, mitgebrachte berufliche Qualifikationen in Deutschland in Wert zu setzen.

Ergebnisse: Soziale Beziehungen

Kontakte zu Familienmitgliedern, Verwandten und Freund_innen, die sich bereits in Deutschland befanden, stellen für einige Neuzugewanderte eine wichtige Unterstützung, gerade zu Beginn des Aufenthaltes, dar (z. B. gemeinsame Wohnung mit Geschwistern). Zum Teil verhindern die Rahmenbedingungen der Wohnsitzauflage das Zusammenleben und die gegenseitige Unterstützung von Familienmitgliedern. Andere Geflüchtete hingegen suchen nicht die Nähe zu ihren in Deutschland lebenden Verwandten. Die Bedeutung des verwandtschaftlichen Netzwerkes ist individuell sehr verschieden. Der Nachzug von Eltern, Ehepartner_innen oder Kindern wurde hingegen von fast allen Gesprächspartner_innen als unabdingbare Voraussetzung für das Einleben gewünscht.

Im Hinblick auf den Aufbau neuer lokaler Netzwerke und ihrer Bedeutung für die Integration zeigt unsere Untersuchung, dass Kontakte zu anderen Geflüchteten eine wichtige Quelle praktischer Unterstützung und emotionalen Rückhalts in der Ankunftsgesellschaft darstellen (Stevens 2016; Palmgren 2017; Uzelac et al. 2018). Solche Kontakte werden zumeist in Wohnheimen, über Integrations- und Sprachkurse, bei Behördengängen oder bei ehrenamtlichen Initiativen geknüpft.

Der Aufbau von sozialen Beziehungen zu Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft gestaltet sich insgesamt schwieriger. Zwar ergeben sich im Gegensatz zu früheren Migrationsbewegungen nach Deutschland heute vielfältigere und frühzeitigere Möglichkeiten, Personen aus der Aufnahmegesellschaft kennenzulernen. Allerdings wirken die zu Beginn geringen Sprachkenntnisse, Zeit- und Geldmangel, kulturelle Distanz sowie das gefühlte Misstrauen der Aufnahmegesellschaft als Barrieren (vgl. Aumüller u. Bretl 2008). Kontakte werden vor allem über Sprachkurse und ehrenamtliche Initiativen geknüpft. Angebote, die sich explizit an Geflüchtete wenden, werden durchaus ambivalent beurteilt, da sich die Beteiligten selten auf Augenhöhe begegnen und sich diese Kontakte häufig auf spezifische Orte und Situationen beschränken. Die Kontaktfreudigkeit und Eigeninitiative der Geflüchteten erweisen sich als wichtige Faktoren beim Aufbau neuer Kontakte. In den Gesprächen wurden das schnelle Erlernen der Sprache und eigenes ehrenamtliches Engagement als Faktoren genannt. Hierbei treten Geflüchtete nicht als ‚Empfänger' ehrenamtlicher Unterstützung auf, sondern sind selbst in verschiedenen Initiativen (z. B. bei der Tafel) oder Einrichtungen (z. B. Seniorenheim, Kindergarten) aktiv. Über diese Tätigkeit können Kontakte auf Augenhöhe geknüpft und ein vergleichsweise leichter Zugang zur Gesellschaft gefunden werden. Gleichzeitig kann die Aufnahmegesellschaft von den Kenntnissen und Fähigkeiten der Geflüchteten profitieren (z. B. durch Dolmetschertätigkeiten). Ehrenamtliche Initiativen und die Möglichkeit ehrenamtlicher

Tätigkeit für Geflüchtete können somit als wichtiges Medium der Integration betrachtet werden.

Die lokalen Kontexte sind für das Knüpfen neuer Kontakte eine wichtige Rahmenbedingung, aber nicht entscheidend. Vor allem geht es hier um die Orte und Gelegenheiten, um Menschen zu begegnen, die aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihres Familienstandes, ihrer Sprache, ihrer aktuellen Probleme oder ihres Wissens als Partner_in für eine wiederholte Kommunikation geeignet sind. Die Großstadt Köln ist dabei gekennzeichnet durch die Vielfalt der Möglichkeiten. Es gibt zahlreiche Anbieter_innen von Sprach- und Integrationskursen, Beratungsstellen sowie ehrenamtliche Initiativen und Projekte. Die zugleich große Zahl von Fluchtmigranten in der Stadt macht es mithin wahrscheinlicher, Menschen – Einheimische wie auch andere Geflüchtete – zu treffen, mit denen man „auf einer Wellenlänge" liegt. Auf der anderen Seite sind die sozialen Kontakte und Hilfsangebote in der Großstadt durch eine stärkere Unverbindlichkeit gekennzeichnet. Der klein- und mittelstädtisch geprägte Kreis Heinsberg bietet insgesamt weniger Gelegenheiten, sich mit anderen Geflüchteten oder Ortsansässigen zu treffen, dafür sind diese tendenziell stabiler und überschaubarer. Wenn Befragte sich direkt über die soziale Qualität ihres Wohnortes im Kreis Heinsberg äußern, so geschieht dies in überwiegend positiver Weise.

Ergebnisse: Kommunale Integrationspolitik

Kommunen unterliegen im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure, die im politischen Mehrebenensystem Deutschlands zur Integration von Geflüchteten vor Ort beitragen, „unterschiedlichen Modi der Koordination" (Einig et al. 2005: 2). Das Verhältnis zu den Akteuren der Bundes- und Landesebene ist primär durch ein hierarchisches Verhältnis direkter Regelung und Kontrolle geprägt. Allerdings zeigt unsere Untersuchung deutlich, dass vorhandene Interpretationsspielräume unterschiedlich genutzt werden und somit zu einer räumlich differenzierten Integrationspolitik führen. Das Verhältnis der Kommunen zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren ist eher durch ein heterarchisches Verhältnis mit Kooperation auf Augenhöhe geprägt. Durch die starke Einbindung dieser Akteure wird die Vielfältigkeit kommunaler Integrationspolitiken verstärkt.

Mit der Flüchtlingszuwanderung ist die Notwendigkeit, Integration als kommunale Querschnittsaufgabe zu verstehen (Gestring 2011: 269), sichtbarer geworden. Die Netzwerkarbeit im Zusammenspiel der verschiedenen kommunalen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteure hat an Bedeutung gewonnen. Diese Vernetzung wird von vielen Gesprächspartner_innen als Schlüssel für eine erfolgreiche Integrationsarbeit bezeichnet, da sie zu einem besseren gegenseitigen Verständnis, zu einem Informationsaustausch in beide Richtungen und letztlich zu einer gemeinsamen Überwindung von Hindernissen führen kann (Schiffauer 2017: 16). Dies ist wichtig in einem Feld, das durch ständige Gesetzesänderungen und eine Vielzahl an neuen Programmen gekennzeichnet ist. Allerdings funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren keinesfalls immer reibungslos. Insbesondere das Zusammenspiel zwischen ehrenamtlichen Initiativen und öffentlicher Verwaltung wird in unseren Interviews von beiden Seiten des Öfteren als schwierig gekennzeichnet (Schiffauer 2017: 21). Hier zeigen sich die unterschiedlichen Handlungslogiken der beteiligten Akteure, die sich u. a. durch unterschiedliche Zeithorizonte und Arbeitsabläufe ergeben. Während ehrenamtliche Initiativen schnell und flexibel agieren können, wird die Verwaltung als träge wahrgenommen. Zum anderen unterscheiden sich häufig die Handlungsziele der Akteure. Die Verwaltungen müssen die Wahrung vorgegebener Standards einhalten. Für die ehrenamtlich Tätigen, die im stärkeren direkten Kontakt mit den Geflüchteten sind, steht die rasche Lösung akuter Probleme im Vordergrund.

Für die Stadt Köln und die Gemeinden im Kreis Heinsberg werden Unterschiede in der kommunalen Integrationspolitik bestätigt, die u. a. von sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort, dem zivilgesellschaftlichen Organisationsgrad und der lokalen Kooperationskultur abhängig sind (Schammann u. Kühn 2016). In einer großstädtischen Verwaltung wie in Köln konnten wir beispielsweise strategische Überlegungen zu einem planvollen Umgang mit der Integration Geflüchteter beobachten, der allerdings wegen der hohen Zuwanderung nicht durchzuhalten war. Solche strategischen Konzepte zur Integration von Geflüchteten fehlten im Kreis Heinsberg. Überschaubare Verwaltungsstrukturen führten dort aber dazu, flexibel mit den Herausforderungen umgehen zu können. Die Größe einer Verwaltung wie in Köln hat einerseits den Nachteil, dass die Verwaltungsstrukturen und die hierin praktizierte Arbeitsteilung für Außenstehende schwer durchschaubar sind. Andererseits ermöglicht die stärkere Spezialisierung ein sehr differenziertes Verwaltungshandeln. In den kleineren Gemeinden des Kreises Heinsberg sind die Aktivitäten zur Integration hingegen stärker an einzelne Persönlichkeiten gebunden, was angesichts der dünnen Personaldecke die Verwaltungsarbeit aber auch anfälliger (bspw. bei Personalausfällen) macht.

In beiden Untersuchungsräumen sind infolge der Flüchtlingszuwanderung die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen verschiedenen Abteilungen innerhalb der kommunalen Verwaltungen, aber auch zwischen den kommunalen Verwaltungen und externen Akteuren (z. B. Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsunternehmen, ehrenamtlichen Initiativen) intensiver geworden, so dass das gegenseitige Verständnis für die jeweilige Denk- und Arbeitsweise zugenommen hat. Im Verlaufe des Projektes wurde allerdings deutlich, dass der Austausch (auf Augenhöhe) zwischen den ‚steuernden' Akteuren der Landesebene und den ‚ausführenden' Akteuren auf der kommunalen Ebene von den kommunalen Praktiker_innen als zu gering eingeschätzt wird.

Ausgewählte Handlungsempfehlungen

Der Übergang in den regulären Wohnungsmarkt wird durch verschiedene Faktoren erschwert, u. a. durch Vorbehalte seitens der Vermieter_innen. Unsere Untersuchung hat sowohl in Köln als auch in Heinsberg gezeigt, dass das Auftreten der Kommune als Ansprechpartner gegenüber den Vermieter_innen Unsicherheiten reduzieren und die Kommunikation erleichtern kann. Mit der Bereitstellung solcher Unterstützungsangebote kann der Übergang Geflüchteter in den Wohnungsmarkt beschleunigt werden.

Die Informationen über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten sollten nicht vornehmlich von Zufall, Engagement und Kontakten einzelner Schlüsselpersonen abhängig sein. Vielmehr sollte die frühe Vermittlung zentraler Informationen über Angebote für verschiedene Ansprüche (Jobs, Ausbildungsplätze, Studiengänge, jeweils benötigte Voraussetzungen und der Weg zu diesen Voraussetzungen) stärker institutionalisiert werden (z. B. in den Orientierungskursen), so dass diese Informationen allen Interessierten zugänglich gemacht werden. Die Geflüchteten sollten vorab (bspw. in den Orientierungskursen) über den Ablauf und die Rahmenbedingungen von Praktika informiert werden und auch grundlegende Informationen zu ihren Arbeitnehmerrechten erhalten, damit eine mögliche Ausbeutung durch Arbeitgeber_innen verhindert werden kann.

Die ehrenamtliche Tätigkeit Geflüchteter sollte mehr Anerkennung erfahren und stärker als bisher als Integrationsleistung der Geflüchteten gewürdigt werden. Eine stärkere mediale Aufmerksamkeit für die Leistungen von Geflüchteten kann zu einem positiveren Bild von Geflüchteten in der Gesellschaft beitragen und damit auch ihre Integration in die Gesellschaft erleichtern.

Die Möglichkeiten zum Austausch zwischen Akteuren aus Kommunen und Akteuren der Landesebene sollten stärker ausgebaut werden, um Informationsflüsse und das gegenseitige Verständnis zu verbessern.

---

1 Der Beitrag stellt eine erweiterte Fassung des Kurzberichts „Integration Geflüchteter in groß- und kleinstädtischen Räumen in NRW" dar (Adam et al. 2019a). Das zugrundeliegende Projekt wurde gefördert durch das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) in Düsseldorf.

2 Nach der Einführung der Wohnsitzauflage in Nordrhein-Westfalen sind Geflüchtete verpflichtet, drei Jahre lang in der Gemeinde zu wohnen, der sie zugewiesen wurden.

3 Gemäß dem europäischen Referenzrahmen für Sprachen entspricht das Sprachniveau C1 fachkundigen Sprachkenntnissen. Es handelt sich um ein hohes Sprachniveau-Zertifikat. Die darauffolgende Stufe C2 umfasst annähernd muttersprachliche Kenntnisse.

Literatur

Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt Claus-C. (2019a): Integration Geflüchteter in groß- und kleinstädtischen Räumen in NRW Zugang zu Wohnung, Arbeit und Kontakten. In: Herrmann, Heike; Üblacker, Jan (Hrsg.): FGW-Impuls Integrierende Stadtentwicklung 12. Abrufbar unter: http://www.fgw-nrw.de (Zugriff: 5. Juni 2019).

Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt Claus-C. (2019b): Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden. In: Herrmann, Heike; Üblacker, Jan (Hrsg.): FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung 12. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung – FGW.

Anthias, Floya (2007): Ethnic ties. Social capital and the question of mobilisability. In: The Sociological Review, 55, Nr. 4, S. 788–805.

Aumüller, Jutta; Bretl, Carolin (2008): Lokale Gesellschaften und Flüchtlinge: Förderung von sozialer Integration. Abrufbar unter: https://www.desi-sozialforschung-berlin.de (Zugriff: 24. Mai 2018).

Aumüller, Jutta; Daphi, Priska; Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Abrufbar unter: http://wiki.fhpi.de (Zugriff: 31. Mai 2019).

Doomernik, Jeroen; Glorius, Birgit (2016): Refugee Migration and Local Demarcations: New Insight into European Localities. In: Journal of Refugee Studies, 29, Nr. 4, S. 429–439.

Einig, Klaus; Grabher, Gernot; Ibert, Oliver; Strubelt, Wendelin (2005): Urban Governance. Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung, 9/10, S. 1–9.

Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. In: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere 40.

Gericke, Dina; Burmeister, Anne; Löwe, Jil; Deller, Jürgen; Pundt, Leena (2018): How do refugees use their social capital for successful labor market integration? An exploratory analysis in Germany. In: Journal of Vocational Behavior, 105, S. 46–61.

Gestring, Norbert (2011): Kommunale Konzepte zur Integration von Migranten. In: Hanesch, Walter (Hrsg.): Die Zukunft der „Sozialen Stadt". Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden.

Glick Schiller, Nina; Çağlar, Ayse (Hrsg.) (2011): Locating migration. Rescaling cities and migrants. Ithaca.

Kutscher, Nadia; Kress, Lisa-Marie (2018): The ambivalent potentials of social media use by unaccompanied minor refugees. In: Social Media + Society, 4, 1, S. 1–10.

Palmgren, Pei (2017): Survival and integration: Kachin social networks and refugee management regimes in Kuala Lumpur and Los Angeles. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 43, Nr. 13, S. 2247–2264.

Schammann, Hannes; Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Bonn.

Schiffauer, Werner (2017): Einleitung. Eine neue Bürgerbewegung. In: Schiffauer, Werner; Eilert, Anne; Rudloff, Marlene (Hrsg.): So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld.

Stevens, Matthew R. (2016): The Collapse of Social Networks Among Syrian Refugees in Urban Jordan. In: Contemporary Levant, 1, Nr. 1, S. 51–63.

Uzelac, Ana; Meesterm, Jos; Goransson, Markus; van den Berg, Willem (2018): The Importance of Social Capital in Protracted Displacement. In: Forced Migration Review, 57, Nr. 2, S. 28–30.